

Große Anfrage

der Fraktion der CDU

Justiz und Justizvollzug in Thüringen

Ein effektiver Rechtsstaat braucht hoch qualifiziertes und hoch motiviertes Personal, um gut zu funktionieren. Arbeitsbelastung und Besoldung müssen dabei in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen. Im immer härter werdenden Wettbewerb mit der freien Wirtschaft um die besten Köpfe zählen nicht nur Einkommen, sondern auch eine gute Balance zwischen Arbeit und Privatleben, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Chancengleichheit und Arbeitsplatzattraktivität. Im Bereich des Personalwesens steht Thüringen angesichts der problematischen Altersstruktur, die im Wesentlichen durch die umfangreichen Einstellungen von Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten nach der Wende bis zur Mitte der Neunzigerjahre geprägt ist, vor riesigen Herausforderungen. Bis zum Jahr 2028 wird in Thüringen knapp die Hälfte der Richterinnen und Richter, der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Ruhestand treten. Dieses Problem betrifft nicht nur Thüringen allein. In den neuen Bundesländern verlassen insgesamt etwa zwei Drittel aller Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte die Justiz. Gleichzeitig setzt auch in den alten Bundesländern eine hohe Pensionierungswelle ein.

Daneben ist Justiz einem stetigen Wandel unterworfen. Nicht nur die der Justiz immanente Weiterentwicklung des Rechts, die für die Bediensteten regelmäßig mit einem umzusetzenden Mehraufwand verbunden ist, sondern auch technische Neuerungen fordern Personal, Administration und Infrastruktur, Flexibilität und Innovationsvermögen ab. Veränderungen lassen sich leicht vollziehen, wenn sie vom Anwender akzeptiert werden, was insbesondere bei der seit dem Jahr 2005 mit dem Justizkommunikationsgesetz geschaffenen Möglichkeit zur elektronischen Aktenführung zum Tragen kommt.

Zudem wird die Situation im Justizvollzug detailliert abgefragt. Die letzte Große Anfrage zu diesem Bereich ist datiert aus dem Jahr 2006 (Große Anfrage der Fraktion der Linkspartei.PDS [Drucksache 4/2330] - Situation und zukünftige Entwicklung des Thüringer Justizvollzugs -). Seitdem war der Strafvollzug insbesondere mit der Einführung des Thüringer Justizvollzugsgesetzbuchs vor fünf Jahren von dem Anspruch auf die Fortentwicklung eines humanen und noch konsequenteren Resozialisierungsgedankens geprägt. Um die Umsetzung dieses Anspruchs vergleichbar abzufragen, wird auf diese Arbeit Bezug genommen.

Vorbemerkungen:

Soweit keine anderen Formate erfragt werden, wird um Informationen für den Zeitraum vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2018 gebeten.

Die Daten sollen nach Jahren, Gerichten (in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit auch nach Straf-, Zivil- und Freiwilliger Gerichtsbarkeit), Staatsanwaltschaften beziehungsweise Anstalten tabellarisch aufgeschlüsselt mitgeteilt werden. Soweit nach Personal gefragt wird, wird jeweils eine Untergliederung in Stellen, Anzahl der Bediensteten und Arbeitszeitanteile erbeten.

Wir fragen die Landesregierung:

I. Gerichte und Staatsanwaltschaften

a) Personalsituation und -entwicklung

1. Wie hat sich die Zahl der Richterinnen und Richter, der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte und Vertreterinnen und Vertreter des öffentlichen Interesses in der Rechtspflege in Thüringen im Anfragezeitraum entwickelt?
2. Wie hat sich der Personalbestand bei den Thüringer Gerichten der Ordentlichen Gerichtsbarkeit, der Fachgerichtsbarkeiten und Staatsanwaltschaften im Anfragezeitraum entwickelt (bitte auch nach Richter auf Lebenszeit, auf Zeit, auf Probe oder kraft Auftrags, nach richterlichem beziehungsweise staatsanwaltschaftlichem Dienst, nach höherem nichtrichterlichem Dienst, Gehobenen Dienst, Gerichtsvollziehern, Justizvollzugsbeamten, mittlerem Dienst und Schreibdienst, einfachem Dienst, Beschäftigten und Beamten und Geschlecht unterteilen)?
3. Wie viele Spruchkörper waren und sind jeweils bei welchem Gericht eingerichtet?
4. Wie hat sich das Verhältnis von Mitarbeitern im mittleren Dienst zu Spruchkörpern im Anfragezeitraum entwickelt (bitte auch Schreibdienst gesondert ausweisen)?
5. Wie viele Mitarbeiter werden in den kommenden 15 Jahren in den Ruhestand gehen (bitte wie unter Frage 2 aufschlüsseln)?
6. Durch welche Maßnahmen und auf welcher Grundlage bereitet die Landesregierung die Thüringer Justiz auf die zukünftig anstehenden hohen Eintritte in den Altersruhestand vor?
7. Wie gestaltet sich die Bildung einer Einstellungsreserve in der Thüringer Justiz in den vergangenen fünf Jahren (bitte getrennt nach Laufbahnen und Gerichten aufgliedern)?
8. An welchen Dienststellen wird das Personal eingesetzt, das als Reserve bereits eingestellt wurde (bitte nach Dienststellen, Einstellungsjahr und Laufbahn unterteilen)?
9. In welchem Umfang erachtet die Landesregierung die Bildung einer Einstellungsreserve als notwendig und angemessen und in welchen Dienststellen sollen beziehungsweise sollten die insoweit beschäftigten Bediensteten eingesetzt werden?

10. Welche anderen Maßnahmen hat die Landesregierung unternommen, um die bis zum Jahr 2024 in den Ruhestand gehenden Richterinnen und Richter und Staatsanwältinnen und Staatsanwälte zu ersetzen beziehungsweise welche Maßnahmen sehen die entsprechenden Planungen auch vor dem Hintergrund der bundesweit hohen Pensionierungsquote während der kommenden 15 Jahre vor?
11. Durch welche Maßnahmen sichert die Landesregierung die langfristige Finanzierung der im Rahmen des Pakts für den Rechtsstaat neu zu schaffenden Stellen ab?
12. An welchen Dienststellen sollen die zusätzlichen Stellen wann geschaffen werden?
13. Welcher Personalbedarf hat im Anfragezeitraum bestanden?
14. Welcher Personalbedarf in Stellen wird in den kommenden 15 Jahren auf welcher Grundlage prognostiziert (bitte auch nach Standorten aufschlüsseln)?
15. Wie viel Personal war in den vergangenen fünf Jahren an welche Dienststelle und für welchen Zeitraum (teil-)abgeordnet (bitte nach der jeweiligen abgebenden und aufnehmenden Behörde unter Angabe der Anzahl der abgeordneten und gesamten Mitarbeiter im richterlichen und im staatsanwalt-schaftlichen Dienst der jeweiligen Behörden aufschlüsseln)?
16. Wie viele Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte des Freistaats Thüringen wurden in den vergangenen zehn Jahren aus welchen Gründen wohin versetzt (bitte nach der jeweiligen abgebenden und aufnehmenden Behörde aufschlüsseln)?
17. Wie viele Richterinnen und Richter waren gemäß § 21b Abs. 1 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) nicht wählbar und nicht wahlberechtigt und konnten dementsprechend ihre Rechte im Rahmen der Selbstverwaltung nicht wahrnehmen?
18. Wird nach Auffassung der Landesregierung die richterliche Unabhängigkeit durch Abordnungen und die gegebenenfalls damit verbundenen Einschränkungen bei der Wahrnehmung von Rechten im Rahmen der richterlichen Selbstverwaltung berührt? Wie begründet die Landesregierung ihre Auffassung?
19. Welche Spruchkörper sind nicht planmäßig besetzt?
20. Welche rechtlichen und tatsächlichen Folgen können nicht planmäßig besetzte Spruchkörper haben? Wie begründet die Landesregierung ihre Auffassung?
21. Werden Versetzungen mehrjährigen Abordnungen vorgezogen und wenn nein, warum wird von dieser Möglichkeit kein Gebrauch gemacht (bitte gegebenenfalls nach Gründen prozentual aufschlüsseln)?

22. Welche Maßnahmen beabsichtigt die Landesregierung, um zukünftig auf Abordnungen so weit wie möglich zu verzichten beziehungsweise die Zahl der Abordnungen auf das absolut notwendige Maß zu begrenzen?
23. Auf wie vielen der in den kommenden fünf Jahren freierwerdenden sowie der nach der jeweiligen Personalberechnungsgrundlage einzurichtenden Stellen sollen Richterinnen und Richter auf Probe zu Richterinnen und Richtern auf Lebenszeit oder unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zu Staatsanwältinnen oder Staatsanwälten ernannt werden (bitte nach Staatsanwaltschaften sowie allen Gerichtsstandorten aller Gerichtsbarkeiten aufschlüsseln)?
24. Inwieweit wird der Personalbestand der Gerichte und Staatsanwaltschaften an der Umsetzung des Konzepts zur Personalentwicklung des Thüringer Landesdienstes bis zum Jahr 2025 (PEK 2025), der für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz 424 einzusparende Stellen festlegt, beteiligt (bitte getrennt nach Gericht beziehungsweise Staatsanwaltschaft und Laufbahngruppe darstellen)?
25. Welche Kosten sind in welchen Kostenstellen durch Abordnungen entstanden und wie sind die Planungen zu Abordnungen generell?
26. Wie viele Konkurrentenverfahren hat es im Anfragezeitraum gegeben, wie lange dauerten die Verfahren und wie sind diese ausgegangen?
27. Wie beurteilt die Landesregierung die Entwicklung im Bereich der Konkurrentenklagen, konkret unter Betrachtung der Fallzahlen, der Verfahrensdauer, spezifischer Häufungen, der Sperrwirkung sowie möglicher Vermeidungsstrategien?

b) Belastungssituation der Gerichte

28. Wie viele Eingänge verzeichneten Thüringer Gerichte im Anfragezeitraum (bitte tabellarisch nach Hauptverfahren und Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes und
 - a) in Zivilsachen nach Mietsachen, Kaufsachen, Verkehrsunfallsachen, Bausachen, Wohnungseigentumssachen, sonstige Zivilsachen [soweit aus einem Sachgebiet mehr als 500 Verfahren eingegangen sind, bitte gesondert mitteilen],
 - b) in Familiensachen nach Ehesachen, Kindschaftssachen, Abstammungssachen, Adoptionssachen, Ehewohnungs- und Haushaltssachen, Gewaltschutzsachen, Versorgungsausgleichssachen, Unterhaltssachen, Güterrechtssachen, sonstige Familiensachen und Lebenspartnerschaftssachen,
 - c) in Rehabilitationssachen,
 - d) in Strafsachen nach Sachgebiet und Jugendstrafsachen,
 - e) in Bußgeldsachen,
 - f) in Arbeitsgerichtssachen,
 - g) in Finanzgerichtssachen nach Sachgebieten,
 - h) in Sozialgerichtssachen nach Gegenstand des Verfahrens,

- i) in Verwaltungsgerichtssachen nach Sachgebieten [in Asylsachen auch nach Herkunftsländern untergliedern] unterteilen)?
29. Wie viele Verfahren wurden im oben genannten Zeitraum erledigt (bitte tabellarisch nach Hauptverfahren und Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes und
- a) in Zivilsachen, wie unter Frage 28 und zusätzlich nach Abgabe innerhalb des Gerichts, Abgabe an ein anderes Gericht, rechtskräftiges und aufgehobenes Urteil [nach Rechtsmittel], Beschluss [davon Vergleiche], Erledigung, Erledigung in sonstiger Weise [bitte erläutern],
 - b) in Familiensachen nach den Gegenständen der erledigten Verfahren [Ehesachen, Kindschaftssachen, Abstammungssachen, Adoptionssachen, Ehewohnungs- und Haushaltssachen, Gewaltschutzsachen, Versorgungsausgleichssachen, Unterhaltssachen, Güterrechtssachen, sonstige Familiensachen und Lebenspartnerschaftssachen] und nach Art der Endentscheidung [bitte Vergleiche gesondert ausweisen],
 - c) in Rehabilitationssachen nach Art der Erledigung,
 - d) in Strafsachen nach Sachgebiet, Anzahl der Beschuldigten, Verurteilung, davon Strafbefehle und Entscheidungen im beschleunigten Verfahren, Freispruch und Einstellungen,
 - e) in Bußgeldsachen nach Beschuldigten, Verurteilung, Einstellung und Freispruch,
 - f) in Arbeitsgerichtssachen nach Urteil, Vergleich oder sonstige Erledigung,
 - g) in Finanzgerichtssachen nach Sachgebieten und Art der Erledigung,
 - h) in Sozialgerichtssachen nach Gegenstand des Verfahrens und Art der Erledigung,
 - i) in Verwaltungsgerichtssachen nach Sachgebieten [in Asylsachen auch nach Herkunftsländern und Art der Erledigung untergliedern] unterteilen)?
30. Wie hat sich die durchschnittliche Verfahrensdauer (erster Eingang bei Gericht bis zur Entscheidung in der Instanz und gegebenenfalls Zahl der Hauptverhandlungstage) an den Gerichten seit dem Jahr 2014 entwickelt (bitte auch für jeden Spruchkörper mitteilen und interne Abgaben gesondert ausweisen)?
31. Wie hoch war der Jahresendbestand nicht abgeschlossener Verfahren bei Thüringer Gerichten im Zeitraum von 2008 bis 2018?
32. Wie viele der unter Frage 29 genannten Verfahren waren zum 31. Dezember 2018 älter (Eingang erste Instanz bis heute) als
- a) zwei Jahre,
 - b) fünf Jahre und
 - c) zehn Jahre
- (bitte auch nach Gericht unterteilen)?

33. Wie hat sich die durchschnittliche Fallzahl je Richterin oder Richter in Thüringen und nach Kenntnis der Landesregierung im Bundesdurchschnitt im Anfragezeitraum entwickelt?
34. In wie vielen Fällen wurden zur Absicherung von Vorführungen ab dem Jahr 2014
- a) Wachtmeisterinnen und Wachtmeister gerichtsbezirksübergreifend herangezogen,
 - b) bei den Justizvollzugsanstalten um Hilfe ersucht und
 - c) die Polizei um Unterstützung gebeten
- (bitte auch das Gericht der Vorführung und die Anzahl der unterstützenden Kräfte nach a, b und c unterteilt mitteilen)?
35. In wie vielen Fällen führten nicht abzusichernde Vorführungen ab dem Jahr 2014 zu einer Verzögerung des Verfahrens?
36. In wie vielen Fällen wurde ab dem Jahr 2008 von welchem Gericht der Vollzug der Untersuchungshaft wegen derselben Tat über sechs Monate hinaus aufrechterhalten?
37. In wie vielen Fällen und an welchem Gericht wurde im Anfragezeitraum nach sechs Monaten Untersuchungshaft, während der kein Urteil ergangen war,
- a) der Vollzug des Haftbefehls ausgesetzt,
 - b) der Haftbefehl aufgehoben oder
 - c) durch das Oberlandesgericht die Fortdauer der Untersuchungshaft angeordnet?
38. In wie vielen Fällen wurden ab dem Jahr 2008 Haftbefehle welcher Gerichte wegen Verfahrensverzögerungen aufgehoben oder ausgesetzt?
39. Welche organisatorischen, verwaltungsmäßigen und personalwirtschaftlichen Maßnahmen hat die Landesregierung getroffen, um eine zügige Abarbeitung von Verfahren zu gewährleisten und die Belastung der Mitarbeiter zu reduzieren (bitte auch aufschlüsseln nach der Gerichtsbarkeit der ordentlichen Gerichte, der Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit, der Finanzgerichte, der Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit, der Arbeitsgerichtsbarkeit, der Richterdienstgerichte, der Disziplinargerichte, der Berufsgerichte für Heilberufe, Rechtsanwälte und Notare, der Staatsanwaltschaft, dem Gerichtsvollzieherwesen, dem Justizvollzug, den Bewährungshelfern, der Gerichtshilfe und der Führungsaufsicht)?
40. Wie beurteilt die Landesregierung die Belastungssituation der Thüringer Justiz aktuell und in einer Prognose für die kommenden zehn Jahre?

c) Belastungssituation der Staatsanwaltschaften

41. Wie viele Ermittlungsverfahren wurden von den Staatsanwaltschaften im Anfragezeitraum eingeleitet (bitte auch nach Tatgruppen, Tatverdächtigen, Jugendlichen, Heranwachsenden, nichtdeutschen Tatverdächtigen, Zuwanderern und nach Ermittlungen gegen Unbekannt aufschlüsseln; die Fallzahlen der Schwerpunktabteilungen bitte gesondert ausweisen)?

42. Wie viele Ermittlungsverfahren wurden vor Erhebung der Anklage im Anfragezeitraum eingestellt (bitte auch nach Schwerpunkten, Rechtsgrundlagen, Straftatengruppen, Tatverdächtigen, nichtdeutschen Tatverdächtigen, Zuwanderern und nach Ermittlungen gegen Unbekannt aufschlüsseln; die Fallzahlen der Schwerpunktabteilungen bitte gesondert ausweisen)?
43. Wie haben sich Eingangs- und Erledigungszahlen im Durchschnitt je Staatsanwalt im Anfragezeitraum und nach Kenntnis der Landesregierung im Bundesdurchschnitt entwickelt (die Fallzahlen der Schwerpunktabteilungen bitte gesondert ausweisen)?
44. Wie hat sich die Bearbeitungsdauer von Ermittlungsverfahren im Anfragezeitraum entwickelt (bitte auch aufteilen nach Erwachsenen- und Jugendstrafrecht, der durchschnittlichen Dauer und den fünf ältesten Ermittlungsverfahren unter Angabe, wann diese fünf Verfahren angelegt wurden)?
45. Wie hoch war der Jahresendbestand im Geschäftsbereich der Staatsanwaltschaften im Anfragezeitraum (bitte auch nach Erwachsenen- und Jugendstrafrecht aufschlüsseln; die Fallzahlen der Schwerpunktabteilungen bitte gesondert ausweisen)?
46. Wie viele der unter Frage 45 genannten Verfahren waren zum 31. Dezember 2018 älter als
 - a) sechs Monate,
 - b) ein Jahr,
 - c) zwei Jahre,
 - d) fünf Jahre(bitte auch nach Erwachsenen- und Jugendstrafrecht aufschlüsseln und den Bestand der Schwerpunktstaatsanwaltschaften gesondert aufführen)?
47. Welche Erlasse oder Anweisungen gibt es durch das Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz, die Generalstaatsanwaltschaft beziehungsweise die jeweilige Staatsanwaltschaft zur Einstellungspraxis?
48. In wie vielen Fällen wurde seit dem Jahr 2008 von § 145 Abs. 1 GVG Gebrauch gemacht (bitte nach Jahren und Staatsanwaltschaft aufschlüsseln)?
49. Wie entwickeln sich die Anforderungen an die Bearbeiter von Ermittlungsverfahren, beispielsweise durch gehäuftes Auftreten von Gruppentaten, besonderer Gewaltaffinität oder der Notwendigkeit der Hinzuziehung Dritter zur Ermittlung (Dolmetscher, Sachverständige, Bundes-, ausländische oder internationale Behörden et cetera) seit dem Jahr 2008?
50. Welche Maßnahmen wurden eingeleitet, um die Thüringer Staatsanwaltschaften auf diese Entwicklung einzustellen?
51. Durch welche Maßnahmen wurden insbesondere die Schwerpunktstaatsanwaltschaften gestärkt und wie ist diese Stärkung hinsichtlich der verbesserten Bekämpfung von Korruptionsdelikten, Organisierter Kriminalität, Abrechnungsmanipulation oder Wirtschaftsstrafsachen und IT-Kriminalität belegt?

52. Wie viele Umweldelikte mit wie vielen Tatverdächtigen wurden im Anfragezeitraum mit welchem Ergebnis verfolgt (bitte für jeden Tatbestand einzeln und mit der Rechtsgrundlage der Abschlussverfügung mitteilen)?
53. Welche Maßnahmen wurden eingeleitet, um eine bessere Bekämpfung von Umweltstraftaten zu gewährleisten und welche Tendenz hinsichtlich dieser Maßnahmen ist belegt?

d) Weitere Verfahren

54. Wie viele Verfahren wurden im Anfragezeitraum nach außergerichtlicher Konfliktbeilegung erledigt (bitte auch nach Spruchkörper und durchschnittlicher Verfahrensdauer unterteilen)?
55. Welchen Wert misst die Thüringer Landesregierung den verschiedenen Verfahren der außergerichtlichen Konfliktbeilegung generell bei?
56. Ist die Thüringer Landesregierung mit der Entwicklung im Bereich der außergerichtlichen Konfliktbeilegung und der Umsetzung der seit dem Jahr 2014 eingeleiteten Maßnahmen zufrieden (bitte die jeweilige Maßnahme und das Ergebnis insgesamt bewerten)?
57. Wie hat sich die Anzahl der Gnadensachen entwickelt?
58. Wie viele ungeklärte Delikte und Straftaten wurden auf Bezüge zu rechtsextremen Motiven durch Thüringer Justizbehörden überprüft (bitte detailliert nach Überprüfungsmaßnahmen und -ergebnis mitteilen)?
59. In welcher Höhe wird der personelle Mehrbedarf in Richterschaft, Staatsanwaltschaft und nichtrichterlichem Dienst zur Umsetzung der seit dem Jahr 2014 in Kraft getretenen gesetzlichen Änderungen, beispielsweise durch das Gesetz zur Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung oder durch das 3. Opferrechtsreformgesetz, jeweils bemessen?
60. In welcher Höhe wurde Personal, insbesondere bei der Richterschaft, Staatsanwaltschaft, bei den Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern zur Umsetzung der Änderungen aufgestockt?
61. Wenn keine personelle Aufstockung erfolgt ist, durch welche Maßnahmen wurde die Umsetzung der Änderungen sichergestellt (bitte detailliert nach Dienststelle und Maßnahmen mitteilen)?
62. Wie hat sich die Zahl der erledigten Ermittlungsverfahren mit eingeleiteten Maßnahmen der Vermögensabschöpfung seit Inkrafttreten des Gesetzes zur Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung entwickelt (bitte auch nach einziehender Stelle unterteilen)?
63. Wie viele Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen wurden, unter Berücksichtigung der sichergestellten oder eingezogenen Gegenstände, zu welchem Wert seit dem

Jahr 2010 vollstreckt (bitte auch nach einziehender Behörde unterteilen)?

64. Wie viele Anträge auf Anordnung von Maßnahmen der strafrechtlichen Gewinnabschöpfung wurden im Anfragezeitraum gestellt?
65. In wie vielen Fällen beteiligte sich Thüringen am Erwerb rechtswidrig erlangter Datensätze von Bankkunden und ausländischen Steuerbehörden (sogenannter "Ankauf von Steuer-CDs") oder unterstützte solche Vorhaben seit dem Jahr 2014?
66. Wie haben sich die Anzahl, die Arbeit und die personelle Ausstattung der Jugendstationen in Thüringen seit dem Jahr 2014 entwickelt (bitte nach Station, Arbeitsanfall, Stellenplan und Stellenbesetzung differenzieren)?
67. Wie bewertet die Landesregierung die Arbeit der Jugendstationen allgemein?

II. Chancengleichheit und Arbeitsplatzattraktivität

68. Wie beurteilt die Landesregierung die Effektivität der Chancengleichheit in der Thüringer Justiz?
69. Wie bewertet die Landesregierung die Attraktivität einer Beschäftigung in der Thüringer Justiz in Bezug auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere vor dem Hintergrund vorzuhaltender Bereitschaftsdienste, und welche Verbesserungsmöglichkeiten werden gesehen?
70. Wie werden in der Personalbedarfsberechnung Vakanzen durch beispielsweise Teilzeit, Elternzeiten, Bildungsurlaub oder Erkrankungen berücksichtigt?
71. Wie werden in der Thüringer Justiz Erledigungsverluste durch Dienstunterbrechungen, beispielsweise durch Mutterschutz, Elternzeit, Umsetzungen oder sonstigen Personalwechsel, erfasst und verhindert (bitte nach Vakanzgrund und Dienststellen aufschlüsseln)?
72. Inwieweit wird in der Thüringer Justiz zur Verhinderung von Erledigungsverlusten von zeitversetzten Nachbesetzungen Gebrauch gemacht (bitte nach Vakanzgrund, zur Verfügung stehenden Mitteln der Personalbewirtschaftung und Dienststellen aufschlüsseln)?
73. Bei welchen Gerichten und Staatsanwaltschaften wird für welche Dienste in welcher Form und seit wann Rufbereitschaft vorgehalten?
74. Wie oft leisten Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Thüringen durchschnittlich Rufbereitschaft?
75. Wo gibt es für kurzfristige Vertretungen des Bereitschaftsdienstes organisierte Kinderbetreuung?

76. Wie oft wurde von Beschäftigten in der Thüringer Justiz seit dem Jahr 2015 Bildungsfreistellungsurlaub in Anspruch genommen (bitte auch nach Laufbahn unterteilen)?
77. Wie beurteilt die Landesregierung die Teilnahme von Beschäftigten in der Thüringer Justiz an Fortbildungsveranstaltungen in Qualität und Quantität (bitte auch nach Laufbahn unterteilen)?
78. Wie bewertet die Landesregierung die Entwicklung der teilzeitarbeitenden Bediensteten in der Thüringer Justiz im Abfragezeitraum (bitte auch nach Dienststellen und Geschlecht unterteilen)?
79. Durch welche Maßnahmen wird sichergestellt, dass teilzeitarbeitende Bedienstete, die nicht an einer Zeiterfassung teilnehmen, tatsächlich Teilzeit arbeiten?
80. Wie bewertet die Landesregierung die Entwicklung von Heimarbeitsplätzen in der Thüringer Justiz?
81. Welche Einstiegs- und Aufstiegsmöglichkeiten werden juristischen Berufseinsteigern im Thüringer Landesdienst geboten?
82. Wie viele Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte haben im Anfragezeitraum Erprobungen absolviert (bitte auch Geschlecht und Feststellungsentscheidung mitteilen)?
83. Inwieweit wird bei Versetzungen während der Erprobungen die Vereinbarkeit von privaten Betreuungsverpflichtungen und Beruf berücksichtigt?
84. Welche Maßnahmen gewährleisten die Gesunderhaltung am Arbeitsplatz, zum Beispiel die Ausstattung des Arbeitsumfeldes mit Steh-Sitz-Tischen, ergonomisch anpassbare Möbel, arbeitsmedizinische Untersuchungen, Angebot eines betrieblichen Eingliederungsmanagements et cetera (bitte nach Dienststellen unterteilen und mit konkreten Zahlen unterlegen)?
85. Erhalten Berufseinsteiger verbindliche Zusagen beispielsweise zu Anzahl der Rotationen, Planbarkeit der verschiedenen Einsatzstationen, Dauer der Erprobung, Einsatz im bereits geeigneten Fachgebiet?

III. Umstellung der Thüringer Justiz auf den elektronischen Rechtsverkehr

86. Wie gestaltet sich die Umstellung auf elektronisch gestaltete Arbeitsprozesse in der Thüringer Justiz qualitativ und zeitlich (bitte auch nach Dienststellen und einzuführenden Fachverfahren aufschlüsseln und die Umsetzungen der Einführungsphasen darstellen)?
87. In welcher Höhe wurden bisher Geldmittel zur Umstellung auf den elektronischen Rechtsverkehr bereitgestellt und abgerufen?
88. Wie bewertet die Landesregierung die Akzeptanz der Bediensteten für laufende und bevorstehende Projekte des elektronischen Rechtsverkehrs?

89. Wie bewertet die Landesregierung den Medienaustausch zwischen den Akteuren in der Justiz (bitte unterteilen in Polizei, Staatsanwaltschaften, Gerichte, Rechtsanwälte und andere Beistände, Sachverständige et cetera)?
90. Wie beziffert und bewertet die Landesregierung Effizienzgewinne und -verluste durch die Umstellung auf elektronisch geführte Arbeitsprozesse in der Justiz?
91. Wie verteilt sich das mit der Umsetzung auf elektronisch geführte Arbeitsprozesse betraute Personal auf Fachunternehmen, Fachbedienstete und sonstige Justizangehörige (bitte nach Dienststellen aufteilen)?
92. Wann steht allen Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten die e-Akte am Arbeitsplatz, im Sitzungssaal, beim Ortstermin und am häuslichen Arbeitsplatz zur Verfügung?
93. Wie ist der Stand der technischen Ausrüstung zum Einsatz von Videokonferenzen gemäß § 128a Zivilprozessordnung (ZPO) und inwieweit wird von diesen rechtlichen und technischen Möglichkeiten in der Thüringer Justiz Gebrauch gemacht (bitte nach Dienststellen aufschlüsseln)?

IV. Ausbildung

94. Wie viele Studenten haben im Freistaat im Anfragezeitraum den Studiengang Rechtswissenschaften mit dem ersten Staatsexamen abgeschlossen (bitte aufteilen in Prüfungsdurchgänge und Abschlussnoten)?
95. Wie viele Referendare wurden in Thüringen in den juristischen Vorbereitungsdienst im Anfragezeitraum eingestellt (bitte aufteilen nach Einstellungsdurchgängen)?
96. Wie viele Referendare haben im Anfragezeitraum den juristischen Vorbereitungsdienst mit dem Zweiten Staatsexamen abgeschlossen (bitte aufteilen nach Prüfungsdurchgang und Abschlussnote)?
97. In wie vielen Fällen wurde die Ausübung einer entgeltlichen Nebentätigkeit gemäß § 42 Thüringer Juristenausbildungs- und -prüfungsordnung (ThürJAPO) beantragt und genehmigt (bitte auch nach Ausbildungsstationen aufteilen)?
98. In wie vielen Fällen wurde eine Stationsvergütung gewährt?
99. In wie vielen Fällen wurden welche Formen von Nachteilsausgleichen gewährt (bitte aufteilen nach Staatsexamen, Prüfungsdurchgang und Abschlussnote)?
100. Welche Auffassung vertritt die Landesregierung zum sogenannten Computertextamen und wie bewertet sie die Anwendbarkeit in Thüringen?
101. Wie stellt sich die Arbeitsbelastung der Richterinnen und Richter sowie der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte durch die Beteiligung an der juristischen Ausbildung dar? Inwieweit wird Aufwandsausgleich gewährt?

102. Welche Auffassung vertritt die Landesregierung zur hauptamtlichen Beschäftigung von Referendarausbildern?
103. Welche Reformvorhaben bearbeitet die Landesregierung zu den Themen der juristischen Ausbildung, Prüfungspraxis und Nachwuchsgewinnung?
104. Hat die Juristenausbildung seit dem Jahr 2014 inhaltliche Änderungen erfahren und wenn ja, welche?
105. Welche Einstellungsanforderungen hält die Landesregierung in der Thüringer Justiz für unerlässlich, aber auch realistisch, um dem enormen Einstellungsbedarf der kommenden Jahre gerecht zu werden?
106. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um den erforderlichen Personalbestand ohne Qualitätseinbußen in den kommenden 15 Jahren vorhalten zu können?
107. Wie hat sich das Verhältnis der Referendareinstellungen zu den Planstellen an Gerichten, Staatsanwaltschaften und sonstigen Behörden seit dem Jahr 2008 entwickelt?
108. Wie bewertet die Landesregierung eine Feststellung des Deutschen Richterbundes in der Publikation "Die personelle Zukunftsfähigkeit der Justiz in der Bundesrepublik Deutschland" (Stand: April 2017), die angesichts der in den neuen Ländern verhältnismäßig niedrigen Quote von Prädikatsexamen im Zweiten Staatsexamen die Nachwuchssituation in den neuen Bundesländern als "katastrophal" bezeichnet?

V. Gerichtsvollzieherwesen

109. Wie hat sich der Personalbestand bei den Thüringer Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern entwickelt?
110. Wie viele Eingänge verzeichneten Thüringer Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher im Anfragezeitraum?
111. Wie hoch war der Jahresendbestand nicht abgeschlossener Verfahren bei Thüringer Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern im Anfragezeitraum?
112. Wie hat sich die durchschnittliche Fallzahl je Gerichtsvollzieherin und Gerichtsvollzieher seit dem Jahr 2008 und nach Kenntnis der Landesregierung im Bundesdurchschnitt entwickelt?
113. Wie viele Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher werden in den kommenden zehn Jahren in den Ruhestand eintreten?
114. Welchen Standpunkt vertritt die Landesregierung hinsichtlich der Reformierung der Gerichtsvollzieherausbildung?
115. Wie hat sich die Einkommenssituation der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher in Thüringen und nach Kenntnis der Landesregierung im Bundesvergleich entwickelt?

116. Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern hat die Landesregierung umgesetzt?

VI. Modernisierungsmaßnahmen/Ministerien

117. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung unternommen, um die Justiz einer grundsätzlichen Revision und Neuausrichtung zu unterziehen? Welche Prüfmaßnahmen wurden unternommen? Wie viel Personal, Geld und Zeit wurden in welchen Schritten für welche Maßnahmen eingesetzt?
118. Welche Maßnahmen zur Justizmodernisierung hat die Landesregierung seit dem Jahr 2014 angestoßen?
119. Wie hat sich die Anzahl der im für Justiz zuständigen Ministerium bearbeiteten Landesgesetze seit dem Jahr 2014 entwickelt (bitte nach Jahresscheiben unterteilen)?
120. Welche Anstrengungen hat die Landesregierung zur Bereinigung des Landesrechts unternommen? Welche Rechtsvorschriften sind beziehungsweise werden wann entfallen?
121. Durch welche Maßnahmen wurden personal- und budgetrechtliche sowie haushaltswirtschaftliche Handlungsspielräume von Gerichten und Staatsanwaltschaften gestärkt (bitte auch nach Maßnahmen aufschlüsseln)?
122. Wie hat sich das Investitionsvolumen in Gebäuden (ohne Vollzugsanstalten) entwickelt (bitte auch nach abgeflossenen Beträgen und Immobilien sowie nach kleinen Baumaßnahmen, großen Baumaßnahmen und Neubauten unterteilen)?
123. Welche Pläne verfolgt die Landesregierung hinsichtlich des historischen Landgerichts Weimar und der ehemaligen Justizvollzugsanstalt? Welche Maßnahmen wurden im Anfragezeitraum vorgenommen und welche Anstrengungen sind zur Umsetzung dieser Pläne unternommen worden?
124. In welcher Höhe wurden Mittel eingesetzt, die zur Umsetzung der Ressortneuordnung notwendig waren?
125. Wie hat sich der Energieverbrauch der Justizgebäude im Anfragezeitraum entwickelt (bitte auch nach Gebäude und Energieträger unterteilen)?
126. In welcher Höhe wurde in Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz und zur Senkung des Energieverbrauchs von Gerichtsgebäuden und Justizvollzugsanstalten investiert (bitte auch nach Beträgen und Immobilien unterteilen)?
127. Welche sonstigen Maßnahmen wurden zur Erhöhung der Energieeffizienz, zur Senkung des Energieverbrauchs, zur Senkung des Ausstoßes von Kohlenstoffdioxid und zur ressourcen- und materialschonenden Mittelbewirtschaftung im Allgemeinen mit welchem konkreten Ergebnis eingeleitet (bitte auch nach Beträgen und Immobilien unterteilen)?

128. Wie waren und sind die Referate in der Zuständigkeit des Thüringer Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz beziehungsweise seiner Vorgänger personell besetzt (bitte unterteilen in mittleren Dienst, gehobenen Dienst und höheren Dienst beziehungsweise vergleichbare Tarifbeschäftigte und jeweils in Arbeitskraftanteile) und wie haben sich die Aufgabenbereiche für die einzelnen Referate im Anfragezeitraum verändert?
129. Hat es Aufgabenverlagerungen vom oder zum Ministerium gegeben? Wenn ja, welche und wohin?
130. Wie viele Rechtshilfeersuchen wurden bearbeitet?

VII. Justizvollzug

a) Belegungssituation

131. Wie stellt sich das Verhältnis der Anzahl von Inhaftierten zur Anzahl der vorhandenen Haftplätze dar?
132. Wie stellen sich die Normbelegung/Maximalbelegung/Notbelegung nach dem Thüringer Justizvollzugsgesetzbuch im Vergleich zur tatsächlichen Ist-Belegung in den einzelnen Einrichtungen dar? Wie viele Gefangene sind in anderen Bundesländern untergebracht?
133. Wie viele Gefangene aus anderen Bundesländern sind in Thüringer Justizvollzugsanstalten untergebracht?
134. Welche Belegung ist nach welchen Kriterien gemäß Thüringer Justizvollzugsgesetzbuch in den einzelnen Einrichtungen zulässig?
135. Welche Ursachen können für (signifikante) Änderungen in der Belegungssituation der einzelnen Einrichtungen jeweils benannt werden? Inwiefern spielen hier Veränderungen in der Entscheidungspraxis der Gerichte eine Rolle?
136. Wie stellt sich die Nutzungs- und Belegungssituation in den Räumlichkeiten (zum Beispiel Hafträume, Gemeinschaftsräume) in den einzelnen Einrichtungen dar und inwiefern entspricht diese Situation den Vorgaben des Thüringer Justizvollzugsgesetzbuchs und anderer geltender Regelungen?
137. Wie stellt sich das Verhältnis von Haftplätzen im offenen und geschlossenen Vollzug dar und wie ist dieses vor dem Hintergrund der Vorgaben des Thüringer Justizvollzugsgesetzbuchs zu bewerten?
138. Wie bewertet die Landesregierung die derzeitige Belegungssituation und deren Entwicklung im Anfragezeitraum und welche Konsequenzen zieht die Landesregierung daraus?
139. Wie hat sich die Zahl der Kriminalitätsdelikte im Anfragezeitraum entwickelt?

b) Vollstreckungsplan und Vollzugskonzept

140. Welche Veränderungen im Vollstreckungsplan gab es im Anfragezeitraum und wie wurden die einzelnen Änderungen begründet?
141. Welcher Zusammenhang besteht zwischen der Belegungssituation in den einzelnen Einrichtungen und den Vorgaben des für Thüringen geltenden Vollstreckungsplans?
142. Welche Überlegungen liegen dem derzeitigen Vollstreckungsplan zugrunde?
143. Inwiefern beeinflusst der Zustand der Justizvollzugsanstalten beziehungsweise deren Belegungssituation die Durchführung von Vollzugskonzepten und inwieweit ist dies mit den Vorgaben des Thüringer Justizvollzugsgesetzbuchs vereinbar?
144. Inwiefern sieht die Landesregierung Änderungsbedarf hinsichtlich des Vollstreckungsplans und der Vollzugskonzepte?

c) Bauliche Situation und Sicherheit

145. Wie stellt sich der bauliche Zustand der einzelnen Justizvollzugsanstalten dar und inwieweit entspricht dies den Vorgaben (zum Beispiel Größe der Hafträume, bauliche Vorkehrungen für Gefangene mit Behinderungen, zum Beispiel hinsichtlich Barrierefreiheit)?
146. Welche Sanierungen beziehungsweise Neu- und Umbau- sowie Ausrüstungsmaßnahmen wurden im Anfragezeitraum durchgeführt oder begonnen und welche geplanten Maßnahmen sollen in den nächsten drei Jahren begonnen werden? Welche Auswirkungen hatten beziehungsweise haben die Maßnahmen auf die Belegungsfähigkeit, die Zuständigkeit oder den Standort der jeweiligen Justizvollzugsanstalt?
147. Wie wurden beziehungsweise werden diese Maßnahmen sachlich begründet und welche Finanzmittel wurden beziehungsweise werden für diese Maßnahmen aufgewendet beziehungsweise sind veranschlagt?
148. Welche Einrichtungen wurden im Anfragezeitraum aus welchen Gründen geschlossen beziehungsweise welche Schließungen sind in den nächsten drei Jahren geplant?
149. Inwiefern entsprechen die Sicherheitseinrichtungen und -konzepte in den Einrichtungen dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik und den Vorgaben des Thüringer Strafvollzugsgesetzbuchs und anderer geltender Vorschriften?
150. Wie wird die Einhaltung der Sicherheitskonzeption und deren Anpassung beziehungsweise Fortentwicklung abgesichert?

d) Situation der Gefangenen

151. Wie viele Gefangene sind in den Justizvollzugsanstalten im Anfragezeitraum untergebracht beziehungsweise untergebracht gewesen?
152. Wie viele der Insassen sind in Räumen mit Einzelbelegung beziehungsweise Mehrfachbelegung untergebracht (Durchgangsgefangene bitte gesondert ausweisen)?
153. Wie hat sich die (durchschnittliche) Verweil- beziehungsweise Haftdauer im Anfragezeitraum verändert (bitte aufschlüsseln nach Betroffenengruppen und Deliktsgruppen)?
154. Wie stellt sich die Ausstattung der Hafräume mit Einrichtungs- und Gebrauchsgegenständen in den einzelnen Bereichen des Justizvollzugs und den einzelnen Einrichtungen dar?
155. Welche persönlichen Gegenstände stehen den Gefangenen zu und inwiefern dürfen diese den persönlichen Bedarf eigenständig durch Einkäufe decken? Wie ist dies in den Justizvollzugsanstalten organisiert?
156. Wie gestalten sich die Kommunikations- und Kontaktmöglichkeiten der Gefangenen (zum Beispiel mit Mithäftlingen, mit Angehörigen, mit Rechtsanwälten)?
157. Wie sind die Besuchsregelungen ausgestaltet und inwiefern sind hier Veränderungen geplant? Wie sind die Ausnahmen von Sicherheitsvorschriften für bestimmte Personengruppen ausgestaltet und zu bewerten?
158. Welche Freizeitangebote gibt es in den Justizvollzugsanstalten und wie werden diese angenommen?
159. Unter welchen Umständen können Freizeitangebote nicht wahrgenommen werden? In welchem zeitlichen Umfang und aus welchen Gründen sind Freizeitmaßnahmen ausgefallen?
160. In welcher Höhe werden die Gefangenen für die Kosten von Freizeitangeboten herangezogen?
161. Wie stellt sich die Aufenthalts- und Unterbringungssituation für Menschen mit Behinderungen dar? Welche Möglichkeiten der Unterstützung und Assistenz gibt es?
162. In wie vielen Fällen wurden Kinder gemäß § 21 Thüringer Justizvollzugsgesetzbuch (ThürJVollzGB) in welchen Anstalten untergebracht?
163. Inwieweit wurden Maßnahmen zur Vermeidung der Vollstreckung der Freiheitsstrafe umgesetzt und in wie vielen Fällen wurde auf die Vollstreckung der Freiheitsstrafe verzichtet (bitte nach Jahren und Gericht angeben)?
164. Wie haben sich Bildungs- und sozialer Hintergrund der Gefangenen im Anfragezeitraum verändert?

165. Welche Möglichkeiten der Aus-, Fort- und Weiterbildung bestehen und wie werden diese angenommen? Wie hat sich die Anzahl der Schul- und Berufsabschlüsse im Berichtszeitraum entwickelt?
166. Welche Unterstützung für einen Übergang in Arbeit nach der Haftzeit gibt es während der Haft und wie viele Gefangene nehmen diese Unterstützung an?
167. Welche Rolle spielt dabei die Verweildauer in der Justizvollzugsanstalt?
168. Welche Beschäftigungs- und Arbeitsmöglichkeiten gibt es und wie werden diese angenommen?
169. Kommt es vor, dass Beschäftigungswünsche der Gefangenen abgelehnt werden? Welche Gründe können hierfür benannt werden?
170. Wie oft kam es im Berichtszeitraum zu Arbeitsausfällen? Worauf waren diese zurückzuführen und wie hoch wird die entgangene Entlohnung geschätzt?
171. Nach welchen Kriterien werden die Gefangenen den einzelnen Tätigkeiten zugewiesen und wie werden sie entlohnt?
172. Wie wird das Personal ausgewählt, das die Gefangenen bei ihren Tätigkeiten anleitet und welche Qualifizierung haben diese Personen, bevor sie ihre Tätigkeit in der Justizvollzugsanstalt aufnehmen?
173. Welchen Veränderungsbedarf sieht die Landesregierung im Hinblick auf Bildungsangebote sowie Beschäftigungs- und Arbeitsmöglichkeiten?
174. Wie viele Beschwerden von Gefangenen zur Haftsituation gab es beziehungsweise wurden im Anfragezeitraum erfasst und zu welchen Problemen und wie beziehungsweise mit welchen Ergebnissen wurde mit diesen verfahren?
175. Wie viele Petitionen an die Strafvollzugskommission beziehungsweise an den Petitionsausschuss wurden im Anfragezeitraum von Gefangenen aus welchen Justizvollzugsanstalten eingereicht? Welche Themen wurden schwerpunktmäßig als Probleme angesprochen?
176. Wie viele Verlegungsanträge wurden von Gefangenen im Anfragezeitraum gestellt und wie wurde mit diesen verfahren? Welche Begründungen wurden hauptsächlich für die Anträge benannt?
177. Welche Möglichkeiten der Interessenvertretung haben Insassen in Justizvollzugsanstalten? Welche Möglichkeiten der Einflussnahme auf Haftbedingungen und so weiter haben diese Interessenvertretungen?
178. Wie viele Vorfälle wurden in den jeweiligen Anstalten registriert und wie viele Disziplinarmaßnahmen wurden aus welchen Gründen gegen Gefangene verhängt?

179. Wie gestaltete sich die Arbeit der Anstaltsbeiräte im Anfragezeitraum? Welche Kritik und Änderungsvorschläge wurden von ihnen vorgebracht und wie wurde behördenseitig darauf reagiert?
180. Wie stellen sich die gesundheitliche Situation sowie die medizinische und therapeutische Versorgung der Gefangenen dar und welche Einrichtungen/Organisationen/Personen sind daran beteiligt? Welche rechtlichen Vorgaben werden für diese Bereiche gemacht?
181. Wie hat sich die Problemlage bei infektiösen Krankheiten (zum Beispiel Tuberkulose) in Justizvollzugsanstalten hinsichtlich der Erkrankungszahlen entwickelt? Welche Gründe sind hierfür ersichtlich? Welche Maßnahmen zum Schutz vor ansteckenden Krankheiten gibt es in den Justizvollzugsanstalten?
182. Welche Therapieangebote gibt es, welche Akteure sind daran beteiligt und wie werden diese Angebote angenommen?
183. Welche Therapiekonzepte und -angebote sowie welche (Personal-)Ausstattungs-, Belegungs- und Unterbringungssituation besteht insbesondere in den sozialtherapeutischen Abteilungen?
184. Wie stellt sich die Situation von sucht- und drogenabhängigen Gefangenen dar? Nach welchen Kriterien werden Gefangene für Therapieplätze ausgewählt? Wie viele solcher Plätze stehen in Thüringen oder in anderen Bundesländern für Gefangene aus Thüringen zur Verfügung?
185. Wie viele Drogentests und Drogenschnelltests wurden im Thüringer Justizvollzug im Berichtszeitraum mit welchem Ergebnis zur Verfügung gestellt und eingesetzt (bitte nach Anstalten unterteilen)?
186. Wie oft wurden Kosten von Maßnahmen zur Feststellung von Suchtmittelgebrauch gemäß § 87 Abs. 3 ThürJVollzGB Gefangenen auferlegt?
187. In wie vielen Fällen wurden Maßnahmen, die im Diagnoseverfahren festgelegt wurden, nicht vollzogen (bitte nach Maßnahme, Vollzug und Nichtvollzug unterteilen)?
188. Seit wann werden in welchen Vollzugsanstalten
- Behandlungsprogramme,
 - einzel- und gruppentherapeutische Maßnahmen,
 - psychiatrische Behandlungsmaßnahmen,
 - Maßnahmen zur Behandlung von Suchtmittelabhängigkeit und -missbrauch,
 - Trainingsmaßnahmen zur Verbesserung der sozialen Kompetenz,
 - schulische und berufliche Qualifikationsmaßnahmen einschließlich Alphabetisierungs- und Deutschkurse,
 - arbeitstherapeutische Maßnahmen oder Arbeitstraining,
 - Arbeit,
 - freie Beschäftigung und Selbstbeschäftigung,
 - Sportangebote und Maßnahmen zur strukturierten Gestaltung der Freizeit,

- Ausführungen und Außenbeschäftigungen,
 - Lockerungen zur Erreichung des Vollzugsziels,
 - Aufrechterhaltung, Förderung und Gestaltung von Außenkontakten,
 - Schuldnerberatung, Schuldenregulierung und Erfüllung von Unterhaltspflichten,
 - Ausgleich von Tatfolgen,
 - Maßnahmen zur Vorbereitung von Entlassung, Eingliederung und Nachsorge
- angeboten und wie viele Gefangene haben an den entsprechenden Maßnahmen jeweils teilgenommen?

189. In wie vielen Fällen wurde vom Vollzugs- und Eingliederungsplan von
- Behandlungsprogrammen,
 - einzel- und gruppentherapeutischen Maßnahmen,
 - psychiatrischen Behandlungsmaßnahmen,
 - Maßnahmen zur Behandlung von Suchtmittelabhängigkeit und -missbrauch,
 - Trainingsmaßnahmen zur Verbesserung der sozialen Kompetenz,
 - schulischen und beruflichen Qualifikationsmaßnahmen einschließlich Alphabetisierungs- und Deutschkursen,
 - arbeitstherapeutischen Maßnahmen oder Arbeitstraining,
 - Arbeit,
 - freier Beschäftigung und Selbstbeschäftigung,
 - Sportangeboten und Maßnahmen zur strukturierten Gestaltung der Freizeit,
 - Ausführungen und Außenbeschäftigungen,
 - Lockerungen zur Erreichung des Vollzugsziels,
 - Aufrechterhaltung, Förderung und Gestaltung von Außenkontakten,
 - Schuldnerberatung, Schuldenregulierung und Erfüllung von Unterhaltspflichten,
 - einem Ausgleich von Tatfolgen,
 - Maßnahmen zur Vorbereitung von Entlassung, Eingliederung und Nachsorge
- abgewichen (bitte nach Grund des Abweichens, Jahren, Anstalt und Maßnahme unterteilen)?
190. Welche Auffassung vertritt die Landesregierung zur Effektivität der Umsetzung der Vollzugs- und Eingliederungsplanung?
191. Welche Bemühungen hat die Landesregierung unternommen, um die Vorbereitung der Eingliederung gemäß § 15 Abs. 4 ThürJVollzGB umzusetzen?
192. Wie viele der entlassenen Gefangenen haben an den festgelegten Eingliederungsmaßnahmen teilgenommen?
193. Wie wird in der medizinischen und therapeutischen Versorgung auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung in Haft eingegangen?
194. Welche sonstigen (sozialen) Betreuungs- und Unterstützungsangebote (zum Beispiel Schuldnerberatung) gibt es und wie werden diese angenommen? Ist hier für die Zukunft ein steigender Bedarf erkennbar beziehungsweise prognostizierbar?

195. Wie sieht die Personalsituation im Bereich der medizinischen und therapeutischen Versorgung und der anderweitigen Betreuung aus?
196. Wie viele und welche externen Stellen sind in die medizinische und therapeutische Versorgung und anderweitige Betreuung eingebunden?
197. Welche Unterstützungsangebote gibt es für Angehörige der Gefangenen während deren Haftzeit? Wie werden diese von den Betroffenen angenommen?
198. In welcher Form werden Therapie- und Unterstützungsangebote, insbesondere hinsichtlich ihrer Wirksamkeit, evaluiert?
199. Inwiefern ist der Landesregierung Kritik an der medizinisch-therapeutischen Situation der Gefangenen bekannt geworden und wie ist die Landesregierung damit umgegangen beziehungsweise wie wird darauf reagiert?
200. Gab es solche Kritik auch hinsichtlich der sozialbetreuenden Situation in den Justizvollzugseinrichtungen (zum Beispiel hinsichtlich bestimmter Kurs- und Veranstaltungsangebote) und wie hat die Landesregierung darauf reagiert?
201. Inwiefern sieht die Landesregierung die Notwendigkeit für Änderungen hinsichtlich der medizinisch-therapeutischen Versorgung und sozialen Betreuung?
202. Wie hat sich die Fallzahl der Suizidversuche und Selbstverletzungen im Anfragezeitraum entwickelt (bitte nach Anstalt differenzieren)?
203. Was lässt sich zur Frage von Extremismus und Radikalisierung im Thüringer Strafvollzug, bezogen auf den Anfragezeitraum, berichten?
204. Wie hat sich die Anzahl der vorzeitigen Haftentlassungen entwickelt?
205. Wie viele Hafterleichterungen wurden ausgesprochen und inwiefern und aus welchen Gründen (Hauptkategorien benennen) mussten diese wieder zurückgenommen werden?
206. Was lässt sich grundsätzlich zur Lockerungspraxis und deren Kriterien in Thüringen sagen? Wie stellt sich diese Lockerungspraxis nach Kenntnis der Landesregierung im Vergleich zu anderen Bundesländern dar?
207. Welche Gründe können für diese Entwicklungen im Bereich der Lockerungspraxis und des offenen Vollzugs benannt werden (zum Beispiel hinsichtlich der Entscheidungspraxis der Gerichte)?
208. Wie sehen die Auslastungszahlen für die Plätze im offenen Vollzug aus?
209. Wie stellt beziehungsweise stellte sich die Arbeits- und Beschäftigungssituation für Gefangene im offenen Vollzug dar?

210. Welche Bedeutung/Funktion hat der offene Vollzug für die Erfüllung des Vollzugsziels (Resozialisierung)? Gibt es auch im Hinblick auf diese Funktion speziell ausgestaltete Unterstützungs- und Betreuungsangebote für Gefangene im offenen Vollzug?

211. Was unternimmt die Landesregierung zum Ausbau des offenen Vollzugs gegenüber dem geschlossenen Vollzug?

e) Prävention

212. Welche Maßnahmen, Projekte und Ähnliches gibt es, um einen Aufenthalt von Betroffenen im Justizvollzug abzuwenden? Von welchen Institutionen oder Stellen werden diese Maßnahmen oder Projekte angeboten?

213. Welche Inhalte und Zielstellungen haben diese Angebote und wie werden diese angenommen?

214. Wie stellt sich die finanzielle Situation solcher im Bereich der Prävention tätigen Unterstützungsprojekte und -organisationen dar?

215. Wie hat sich die (finanzielle) Unterstützung des Landes entwickelt und welche Gründe liegen hierfür vor? Inwiefern gibt es hier schon Planungen für die nächsten drei Jahre?

216. Wie stellt sich die Situation der Bewährungshilfe - insbesondere personell und finanziell - in Thüringen dar? Inwiefern hat die Anordnungspraxis der Gerichte bei Bewährung/Bewährungsaufgaben Auswirkungen?

217. Welche (anderen) Unterstützungsangebote gibt es nach der Zeit der Entlassung und wie werden diese angenommen?

218. Inwiefern richten sich solche Unterstützungsangebote auch an Angehörige ehemaliger Gefangener?

219. Wie stellt sich die finanzielle Situation von im Bereich der Nachsorge tätigen Unterstützungsprojekten und -organisationen im Anfragezeitraum dar?

220. Inwiefern lassen sich Prognosen über den zukünftigen Bedarf an solchen Unterstützungsangeboten treffen?

221. Wie hat sich die Unterstützung des Landes entwickelt? Welche Gründe können hierfür benannt werden? Inwiefern gibt es hier schon Planungen für die nächsten drei Jahre?

222. In wie vielen Fällen haben Bedienstete von der Möglichkeit der nachgehenden Betreuung entlassener Straf- und Jugendstrafgefangener gemäß § 52 ThürJVollzGB Gebrauch gemacht (bitte nach Jahren und Anstalt unterteilen)?

223. In wie vielen Fällen haben Straf- und Jugendstrafgefangene von der Möglichkeit des Verbleibs oder der Wiederaufnahme in die Anstalt gemäß § 53 ThürJVollzGB Gebrauch gemacht (bitte nach Jahren, Anstalt und Dauer der Unterbringung aufteilen)?

224. Wie hat sich die die Rückfallquote im Strafvollzug, Jugendstrafvollzug und Jugendarrest bei Thüringer Inhaftierten seit dem Jahr 2008 entwickelt?
225. Wie stellt sich diese Quote für unterschiedliche Deliktgruppen, wie zum Beispiel Kapitalverbrechen, Gewaltdelikte, Eigentumsdelikte, dar?
226. Welche Ursachen lassen sich für diese Rückfallquote benennen?
227. In wie vielen Fällen wurde die Aussetzung zur Bewährung widerrufen? Wie sind etwaige signifikante Änderungen der Widerrufszahlen zu bewerten?
228. Wie bewertet die Landesregierung das Angebot an dem Vollzug nachgelagerter Unterstützungsmöglichkeiten zur Senkung der Rückfallquote?
229. Welche finanziellen Unterstützungsleistungen hat die Landesregierung für die nächsten drei Jahre ins Auge gefasst?

f) Situation der Bediensteten

230. Wie stellt sich die Personalsituation im Justizvollzug dar, auch hinsichtlich der Personalstruktur (bitte aufschlüsseln nach Stellenstruktur [zum Beispiel Leitungsstellen], Altersstruktur, Geschlechterverteilung, unbesetzten Stellen, Ausbildung, Beförderungsstruktur, Erfüllung der Beschäftigungsquote von Schwerbehinderten)?
231. Wie hoch ist die Personalfuktuation? Von wann ist das derzeit geltende Personalentwicklungskonzept für den Bereich Justizvollzug datiert? Wann wird dieses fortgeschrieben?
232. Wie sieht der Personalschlüssel hinsichtlich des Verhältnisses von Bediensteten zu Gefangenen (auch in den einzelnen Anstalten) aus?
233. Inwieweit entspricht der Personalschlüssel beim Fachpersonal dem tatsächlichen Bedarf und den rechtlichen Vorgaben?
234. Wie ist dieser Personalschlüssel nach Kenntnis der Landesregierung im Vergleich zu anderen Bundesländern im Anfragezeitraum zu bewerten?
235. Wie verhält sich der Personalbestand des Thüringer Justizvollzugs nach Kenntnis der Landesregierung im Vergleich zu Schleswig-Holstein, Sachsen und Rheinland-Pfalz (bitte in Dienstgruppen unterteilt vergleichen)?
236. Welche Abweichungen gibt es nach Kenntnis der Landesregierung und wie werden diese begründet?
237. Inwieweit unterscheiden sich nach Kenntnis der Landesregierung die Aufgabenanforderungen der abgefragten Vergleichsgruppen und wie wirken sich die unterschiedlichen Aufgabenanforderungen aus?

238. Warum wurde im Justizvollzug von der Bildung einer Einstellungsreserve abgesehen?
239. Wie hat sich der Krankenstand bezogen auf Laufbahnen und Anwärter entwickelt?
240. Welche Konzepte bestehen für ein Gesundheitsmanagement und seit wann?
241. Wann wurde ein Gesundheitsmanagement erarbeitet? Wer hat an der Erarbeitung mitgewirkt? Wurde die Expertise anderer Ressorts genutzt?
242. Welche Auffassung vertritt die Landesregierung zu der angeblich immer wieder mitgeteilten Aussage von Bediensteten: "Ja, ich bin krank, aber das hat nichts mit der Arbeit zu tun." und welche Schlüsse zieht sie daraus?
243. Wie gestaltet sich die Arbeitssituation der einzelnen Bedienstetengruppen (allgemeiner Vollzugsdienst, Verwaltungspersonal und so weiter), insbesondere hinsichtlich Arbeitszeit (zum Beispiel Überstunden/Schichtdienst) und angemessener Ausstattung des Arbeitsplatzes,?
244. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung darüber vor, wie die Beschäftigten selbst ihre (Arbeits-)Situation im Justizvollzug einschätzen? Welche Konsequenzen sind bisher aus diesen Erkenntnissen gezogen worden?
245. Welche Möglichkeiten und Maßnahmen zur Aus-, Fort- und Weiterbildung gibt es und wie werden sie genutzt?
246. Welche Ausbildungseinrichtungen unterhält Thüringen selbst und inwiefern und in welchem Umfang arbeitet das Land mit anderen Bundesländern zusammen?
247. Inwieweit dürfen Bedienstete Waffen einsetzen oder unmittelbaren Zwang anwenden und wie oft wurde das im Anfragezeitraum praktiziert und mit welchen Folgen? Wurden solche Maßnahmen rechtlich beanstandet und wenn ja, mit welchem Ergebnis?
248. Welche Ausbildung oder Schulung für den Einsatz von Waffen oder die Anwendung unmittelbaren Zwangs wird angeboten und wie wird sie wahrgenommen?
249. Inwiefern waren Bedienstete in sicherheitsrelevante Vorkommnisse verwickelt (zum Beispiel Drogenschmuggel oder Korruption)? Inwieweit wurden Disziplinar- und/oder Strafverfahren eingeleitet und mit welchem Ergebnis?
250. Wie hat sich die Zahl der gemeldeten besonderen Vorkommnisse im Thüringer Strafvollzug und Jugendstrafvollzug seit dem Jahr 2008 entwickelt (bitte nach Jahren und Anstalt unterteilen)?
251. Wie hat sich die Zahl der Straf- und Ordnungswidrigkeitsverfahren im Thüringer Strafvollzug, Jugendstrafvollzug und Jugendarrest im Anfragezeitraum entwickelt (bitte auch

nach Ermittlungsverfahren, Aburteilungen und Verurteilungen beziehungsweise Bußgeldverhängung und Anstalt unterteilen)?

252. Wie sehen Personalstand und Personalstruktur in den Bereichen medizinische/therapeutische Versorgung und soziale Betreuung aus? Wie sind diese nach Kenntnis der Landesregierung im Vergleich zur Situation in anderen Bundesländern zu bewerten?
253. Wie stellen sich die Arbeitsbedingungen dar (zum Beispiel Überstunden, Krankenstand, unbesetzte Stellen, Ausstattung des Arbeitsplatzes, Weiterbildungsmöglichkeiten)?
254. Welche Informationen liegen der Landesregierung vor, wie die Bediensteten dieser Fachbereiche Qualität und Umfang der Therapie- und Betreuungsangebote bewerten? Welche Konsequenzen hat die Landesregierung gegebenenfalls daraus gezogen beziehungsweise wird sie daraus noch ziehen?
255. Inwiefern werden in diesem Bereich Personen, die nicht Bedienstete des Justizvollzugs sind, zur Erledigung dieser Aufgaben herangezogen? Wie stellen sich die vertraglichen Bedingungen dar? Sind diese Bedingungen nach Kenntnis der Landesregierung mit in anderen Bundesländern gebräuchlichen Modellen identisch beziehungsweise inwieweit unterscheiden sie sich von diesen?
256. Wann und in welchen Schritten ist mit einer vollständigen Umsetzung, also mit dem Erreichen aller im Justizvollzugsgesetzbuch festgelegten Standards, zu rechnen?
257. In welcher Höhe sind zur Umsetzung des Thüringer Justizvollzugsgesetzbuchs bisher Mehrkosten entstanden (bitte nach Jahren und Maßnahmen unterteilen)?
258. Welche Unterstützungsangebote gibt es für Bedienstete (zum Beispiel Supervision und Ähnliches)? Inwiefern besteht ein Bedarf für frauenspezifische Angebote?
259. Inwiefern sind die Personalvertretungen in Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden? Inwiefern besteht ein kontinuierlicher Informationsaustausch?
260. Welche Kritik, Änderungsvorschläge oder Ähnliches sind der Landesregierung im Berichtszeitraum von Bediensteten und deren Interessenvertretung bekannt geworden, die sich auf Ausgestaltung der Einflussmöglichkeiten und die Praxis der Einbeziehung in Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse beziehen? Wie wurde damit verfahren?

g) Jugendstrafvollzug

261. Wie stellen beziehungsweise stellten sich die Haft- und Unterbringungszahlen im Jugendstrafvollzug (einschließlich Jugendarrest), auch im Zusammenhang mit der Entscheidungspraxis der Gerichte, dar?
262. Welche Entwicklung der Haft- und Unterbringungszahlen wird bis zum Jahr 2030 prognostiziert?

263. Wie haben sich im Anfragezeitraum die Alters- und Sozialstruktur und die durchschnittliche Haftdauer für die Betroffenen entwickelt? Welche Gründe lassen sich hierfür benennen?
264. Welche Unterschiede gibt es in der Haft- und Unterbringungssituation von Jugendlichen zu erwachsenen Strafgefangenen?
265. Wie sieht die Vollzugskonzeption für den Jugendstrafvollzug aus und welche Alternativen hinsichtlich ihrer Gestaltung wurden beziehungsweise werden diskutiert?
266. Welche wissenschaftlichen Konzepte und Forschungsergebnisse sowie praktischen Erfahrungen haben in die Vollzugskonzeption für den Jugendstrafvollzug Eingang gefunden? Inwiefern wurden Konzepte anderer Bundesländer beziehungsweise anderer Staaten ausgewertet und für die Thüringer Konzeption berücksichtigt?
267. Wie stellt sich die Situation in der Jugendstrafanstalt Arnstadt im Hinblick auf die ordnungsgemäße Umsetzung der Vollzugskonzeption dar?
268. Inwiefern hat es Beschwerden über die Situation im Jugendstrafvollzug und im Jugendarrest gegeben und wie wurde behördlicherseits darauf reagiert?
269. Welche speziell auf das Resozialisierungsziel ausgerichtete personelle Ausstattung weist der Jugendstrafvollzug auf?
270. Welche Bildungs- und Ausbildungsangebote gibt es im Jugendstrafvollzug und Jugendarrest?
271. Welche spezifischen Unterstützungsangebote (zur Haftvermeidung, während des Vollzugs oder nach der Entlassung) bestehen für junge Straftäter?
272. Welche spezifischen Probleme bestehen für Jugendliche bei Rückkehr in das Alltagsleben? Welche spezifischen Hilfs- und Unterstützungsangebote gibt es für junge Rückfalltäter?
273. Inwiefern sieht die Landesregierung die Notwendigkeit, die Präventions- und Resozialisierungsaktivitäten im Bereich Jugendstrafvollzug zu verändern oder auszubauen?

h) Haft- und Unterbringungssituation von Frauen

274. Wie viele Haftplätze stehen für Frauen aus Thüringen in Einrichtungen in Thüringen und in anderen Bundesländern im offenen beziehungsweise geschlossenen Vollzug zur Verfügung (bitte Norm-, Maximal- und Notbelegungskapazität ausweisen)?
275. Wie hat sich die Haft- und Unterbringungssituation in den Einrichtungen (zum Beispiel die bauliche und Belegungssituation, Arbeitssituation, medizinische Versorgung) entwickelt?
276. Wie ist dies vor dem Hintergrund des Thüringer Justizvollzugsgesetzbuchs zu bewerten?

277. Wie haben sich die Haft- beziehungsweise Unterbringungszahlen entwickelt?
278. Wie hat sich die durchschnittliche Haftdauer entwickelt?
279. Welche Gründe sind für die Entwicklung der Haft- und Unterbringungszahlen sowie der Haftdauer im Anfragezeitraum erkennbar? Inwiefern hat die Spruch- und Anordnungspraxis der Gerichte und Behörden Auswirkungen?
280. Welche Entwicklung ist hinsichtlich der Haftzahlen und der Haftdauer für die nächsten (drei) Jahre prognostizierbar?
281. Wie unterscheidet sich allgemein die Haft- und Unterbringungssituation von Frauen gegenüber den männlichen Gefangenen, insbesondere im Hinblick auf die rechtlichen Vorgaben?
282. Wie stellt sich die Situation schwangerer Frauen im Justizvollzug dar? Welche spezifischen Hilfs- und Unterstützungsangebote gibt es für diese Betroffenengruppe?
283. Wie stellt sich die Situation von Frauen im Justizvollzug und die ihrer Kinder dar, zum Beispiel hinsichtlich der Regelungen zur gemeinsamen Unterbringung und zu den Besuchszeiten?
284. Welche spezifischen Maßnahmen der Frauenförderung gibt es im Bereich der Aus-, Fort- und Weiterbildung?
285. Welche frauenspezifischen Aspekte hinsichtlich der Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten können benannt werden?
286. Inwiefern werden bei Gesundheitsversorgung, Therapie- und Betreuungsangeboten frauenspezifische Belange (auch hinsichtlich von Frauen in besonders benachteiligten Situationen, insbesondere Frauen mit Behinderungen; Ausländerinnen) berücksichtigt?
287. Welche Hilfen und Unterstützungsmöglichkeiten gibt es für Angehörige von betroffenen Frauen während deren Haftzeit?
288. Welche spezifischen Unterstützungsangebote erhalten Frauen während und nach der Haftzeit?
289. Wie hoch war die Rückfallquote inhaftierter Frauen? Welche frauenspezifischen Angebote zur Rückfallprophylaxe sind vorhanden?
290. Wie erfüllen Thüringer Behörden ihre Aufsichtspflicht für die Unterbringung von Frauen in Justizvollzugseinrichtungen anderer Bundesländer? Finden zum Beispiel regelmäßige Informationsbesuche in den Justizvollzugseinrichtungen in Sachsen statt?
291. Wie berücksichtigt die Landesregierung die spezifische Situation von Frauen im Justizvollzug (zum Beispiel bei der Bereitstellung von Finanzmitteln)?

292. Welche Kritik und Beschwerden gibt es bezüglich einer Unterbringung straffälliger Frauen in anderen Bundesländern?
293. Welche Maßnahmen wurden im Rahmen des Übergangsmanagements vorgesehen? Wie wird die Wirksamkeit dieser Maßnahmen, insbesondere im Hinblick auf die regelmäßig große Distanz zwischen Haft- und Wohnort, bewertet?
294. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung hinsichtlich der Unterbringung von weiblichen Strafgefangenen in Vollzugsanstalten in Thüringen?
295. Welche Konsequenzen sind nach Ansicht der Landesregierung aus den in den Antworten zu den Fragen 131 bis 138 genannten Fakten sowie aus den in den zu den übrigen Fragestellungen gemachten Feststellungen zur Situation von Frauen im Justizvollzug zu ziehen?

i) Untersuchungshaft

296. Welche Unterschiede bestehen in der Haft- und Unterbringungssituation von Untersuchungsgefangenen im Vergleich zu anderen Gefangenengruppen - insbesondere hinsichtlich rechtlicher Vorgaben?
297. Wie viele Plätze für die Vollziehung der Untersuchungshaft gab beziehungsweise gibt es? Wie viele Untersuchungshäftlinge aus Thüringen sind in anderen Bundesländern untergebracht? Wie haben sich die konkreten Belegungszahlen im Anfragezeitraum verändert?
298. Wie hat sich die (durchschnittliche) Dauer der Untersuchungshaft entwickelt? Welche Unterschiede in der Haftdauer sind, bezogen auf unterschiedliche Deliktgruppen, erkennbar? Wie hat sich hier die Entscheidungs- und Anordnungspraxis der Gerichte entwickelt?
299. Welche Gründe werden für die Veränderungen hinsichtlich der Belegungszahlen und der Haftdauer benannt? Inwiefern spielt die Arbeitssituation an den Gerichten eine Rolle?
300. Wie stellt sich die Haft- und Unterbringungssituation in der Untersuchungshaft dar? Ist zum Beispiel Einzelunterbringung gewährleistet?
301. Wie gestalten sich die Kommunikation (zum Beispiel mit Rechtsanwälten), Beschäftigungssituation und Freizeitgestaltung? Gibt es Beschwerden oder Petitionen, die diesen Themenkreis betreffen?
302. Welche spezifischen Probleme bringt die Arbeit mit Untersuchungsgefangenen für die Bediensteten mit sich?
303. Inwieweit unterscheidet sich die Ausgestaltung der Untersuchungshaft von der der Strafhaft?
304. Inwiefern wird Personal aus dem Justizvollzug zur Begleitung und Bewachung der Gefangenen zu beziehungsweise während Gerichtsterminen eingesetzt? Welche Auswirkungen hat dies auf die Aufgabenwahrnehmung in den Vollzugsanstalten?

305. Welche Unterstützungsangebote während der Haft und nach der Haftentlassung bestehen speziell für Untersuchungsgefangene?
306. In wie vielen Fällen und in welcher Höhe wurde im Anfragezeitraum Haftentschädigung beantragt und gewährt? Wie lange dauerte es im Durchschnitt, bis die Betroffenen ihre Entschädigung bekommen haben?

j) Situation von Ausländern im Justizvollzug (einschließlich Abschiebungshaft)

307. Wie viele Personen mit (auch) nichtdeutscher Staatsbürgerschaft waren/sind Insassen in Thüringer Justizvollzugsanstalten oder sind aus Thüringen in Einrichtungen anderer Bundesländer untergebracht (bitte nach Nationalität und Einrichtung aufschlüsseln)?
308. Wie haben sich die Betroffenenzahlen im Anfragezeitraum entwickelt? Welche Gründe sind hierfür erkennbar (bitte nach Alter und Vollzugsbereich [auch Abschiebungshaft] getrennt aufschlüsseln)?
309. Wie gestaltet sich die Haft- und Unterbringungssituation von Gefangenen mit (auch) nichtdeutscher Staatsangehörigkeit im Justizvollzug im Vergleich zu solchen mit ausschließlich deutscher Staatsangehörigkeit?
310. Inwiefern werden die spezifischen Bedürfnisse und Probleme dieser Betroffenenengruppe berücksichtigt (Kommunikation, insbesondere mit Angehörigen und Rechtsanwälten; Bildung; Ernährung und so weiter)?
311. Inwiefern besitzt das Personal in den Justizvollzugsanstalten Fremdsprachenkenntnisse? Für welche Sprachen werden Fortbildungen angeboten und wie viele Bedienstete haben an welchen Fortbildungen teilgenommen?
312. Wie oft und in welcher Anstalt kommen Videodolmetscher zum Einsatz?
313. Welche, auf die spezifische Situation der Betroffenen zugeschnittenen Unterstützungsangebote (Prävention/während der Haftzeit/nach der Haftentlassung) gibt es und wie werden diese angenommen?
314. Wie gestaltet sich die Rückkehrsituation Betroffener mit (auch) nichtdeutscher Staatsangehörigkeit in das Alltagsleben im Vergleich zu solchen mit nur deutscher Staatsangehörigkeit?
315. Inwiefern hat es Beschwerden beziehungsweise Petitionen von Betroffenen gegeben, insbesondere in Bezug auf ihre spezifische Situation?
316. Inwiefern hält die Landesregierung Maßnahmen zur Veränderung der Haftsituation von (auch) nichtdeutschen Betroffenen für notwendig beziehungsweise sinnvoll?

317. Wie viele Ausländer wurden im Anfragezeitraum in Vorbereitungshaft, wie viele in Gewahrsam gemäß § 62 Abs. 5 Aufenthaltsgesetz und wie viele in Sicherungshaft genommen (bitte aufteilen nach Jahren, Geschlecht und Haftdauer)?
318. Wie viele Anträge auf Abschiebungshaft wurden von welchen Ausländerbehörden gestellt?
319. Wie viele Anträge auf Beendigung beziehungsweise Aussetzung der Abschiebungshaft wurden im Anfragezeitraum gestellt? In wie vielen Fällen wurde die Haft beendet beziehungsweise ausgesetzt?
320. Wie unterscheidet sich die Situation von Abschiebungsfangenen von der Situation anderer Gefangener? Welche rechtlichen Vorgaben sind dabei zu beachten? Wie stellt sich die Situation besonders schutzbedürftiger Personengruppen in Abschiebungshaft dar?
321. Wie gestaltet sich die Kommunikation (besonders mit Rechtsanwälten)?
322. Welche Kosten haben Abschiebungshäftlinge zu tragen und welche Kosten tragen sie tatsächlich?
323. Inwiefern hat es Beschwerden (insbesondere Petitionen) von Betroffenen gegeben, insbesondere in Bezug auf ihre spezifische Situation?
324. Wäre Thüringen in der Lage, die Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Normen und Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger (Neufassung) - KOM(2018) 634 endg. - in der aktuellen Entwurfsfassung umzusetzen?

k) Übrige Bereiche des Justizvollzugs

325. Wie viele Personen wurden im Anfragezeitraum in Auslieferungshaft genommen?
326. Welche Erfahrungen wurden dabei mit den Auslieferungsvorschriften und dem Europäischen Haftbefehl gemacht?
327. Wie oft wurde seit dem Jahr 2008 von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, ausländische Inhaftierte ohne eine weitere Verbüßung der in Deutschland verhängten Strafe abzuschicken und welche Abwägungsentscheidungen wurden zugrunde gelegt (bitte auch nach Nationalität und nach den nicht verbüßten Teil der Strafe unterteilen)?
328. In wie vielen Fällen wurde im Berichtszeitraum Ersatzfreiheitsstrafe, Erzwingungshaft und Ordnungshaft angeordnet beziehungsweise vollstreckt (bitte auch aufteilen nach Rechtsgrundlage)?
329. Inwiefern unterscheidet sich die Haft- und Unterbringungssituation in den Bereichen Ersatzhaft, Erzwingungshaft, Ordnungshaft und Abschiebungshaft voneinander beziehungsweise von den übrigen Bereichen des Justizvollzugs?

330. Welche spezifischen Unterstützungsangebote zur Vermeidung der Ersatzhaft bestehen und wie werden diese angenommen?
331. Wie lange ist die durchschnittliche Haftdauer bei Ersatzhaft, Erzwingungshaft, Ordnungshaft und Abschiebungshaft?
332. Wie hoch ist die durchschnittliche Anzahl der Durchgangsgefangenen in Thüringen?
333. Wie viele Plätze stehen in welchen Justizvollzugseinrichtungen für die Sicherungsverwahrung beziehungsweise in den sozialtherapeutischen Abteilungen zur Verfügung? Inwieweit arbeitet das Land hier mit anderen Bundesländern zusammen?
334. Wie hat sich die Belegungssituation in den Bereichen Sicherungsverwahrung und Sozialtherapie im Anfragezeitraum entwickelt? In wie vielen Fällen wurde im Anfragezeitraum Sicherungsverwahrung angeordnet?
335. Welche Belegung wird auf welcher Grundlage bis zum Jahr 2030 prognostiziert?
336. Wie bewertet die Landesregierung die Kapazitäten in Qualität und Quantität?
337. Wie gestaltet sich die Personalsituation und -struktur in den sozialtherapeutischen Abteilungen, insbesondere im Hinblick auf die Deckung des bestehenden Bedarfs? Gibt es einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch auf der Ebene des Fachpersonals unter den einzelnen Einrichtungen in Thüringen beziehungsweise über Thüringen hinaus?
338. Welche Vorgaben und Empfehlungen gibt es für die therapeutische Arbeit? Welche neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse im Bereich der Forensik gibt es, die zeitnah im Berichtszeitraum umgesetzt wurden und zukünftig umgesetzt werden sollen?
339. In welchen sozialtherapeutischen Abteilungen in Thüringen werden die Empfehlungen des Arbeitskreises Sozialtherapeutische Anstalten im Justizvollzug e. V. eingehalten? Inwiefern gibt es Abweichungen und wie werden diese begründet?
340. Wie viele Therapien wurden im Anfragezeitraum aus welchen Gründen abgebrochen? Welche Maßnahmen werden bei Abbruch der Therapie (und gegebenenfalls anschließender Entlassung) vorgenommen?
341. Wie viele Beschwerden beziehungsweise Petitionen von Betroffenen beziehungsweise Bediensteten hinsichtlich der Situation in der Sicherungsverwahrung beziehungsweise in den sozialtherapeutischen Abteilungen sind im Berichtszeitraum bekannt geworden (insbesondere hinsichtlich der Unterbringungssituation und der Qualitätsstandards des therapeutischen Angebots)? Wie wurde behördlicherseits darauf reagiert?

342. Welche Unterbringungszahlen werden bis zum Jahr 2030 im sozialtherapeutischen Bereich auf welcher Grundlage erwartet? Welche Schlussfolgerungen sind nach Ansicht der Landesregierung aus diesen Prognosen zu ziehen?

I) Verwaltungsorganisation und Kosten und Einnahmen

343. Wie stellt beziehungsweise stellte sich die Organisationsstruktur im Bereich des Justizvollzugs dar (auch Ministerialebene)?
344. Welche personellen und organisatorischen Maßnahmen sind im Anfragezeitraum erfolgt? Welche Maßnahmen sind beabsichtigt? Wann sollen diese umgesetzt werden?
345. Wie und gegebenenfalls warum hat sich die Situation der Unternehmen und Eigenbetriebe der Justizvollzugsanstalten, insbesondere hinsichtlich Personalstruktur und Angebot, verändert?
346. Wie entwickelten sich die Auftragslage und die finanzielle Situation hinsichtlich Einnahmen, Ausgaben und Gewinn?
347. Welche Gründe können für Veränderungen benannt werden?
348. Wie entwickelte sich die Kostenstruktur im Bereich Justizvollzug? Welche Gründe können hierfür benannt werden?
349. Welche Kosten fallen dem Land für die Unterbringung von Gefangenen in anderen Bundesländern an (bitte auch nach Bundesland und Tagessatz aufgliedern)?
350. Welche Maßnahmen zur Kostensenkung wurden im Anfragezeitraum mit welchem Ergebnis durchgeführt und welche Maßnahmen sind geplant?
351. Wie entwickelte sich die Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern und welche Maßnahmen sind bis zum Jahr 2025 geplant?
352. Wie ist der aktuelle Diskussionsstand zu alternativen Vollzugsmethoden und welche Erfahrungswerte gibt es dazu aus Thüringen und aus anderen Bundesländern?
353. Wie bewertet die Landesregierung diese Diskussion?

Für die Fraktion:

Geibert